

Anschlag auf „Charlie Hebdo“ : Türkische Gemeinde in SH: Mitgefühl statt Hass

vom 8. Januar 2015

Auch der Norden ist schockiert: Muslime in SH verurteilen den Anschlag in Paris, die „Hamburger Morgenpost“ wird bewacht.



Archivfoto vom Freitags-Gebet in der Moschee in Rendsburg. „Das Gebot der Stunde ist Mitgefühl und Nächstenliebe, nicht Hass und Spaltung“, sagte der Landesvorsitzende der Türkischen Gemeinde, Cebel Küçükkaraca, am Donnerstag nach dem Anschlag auf „Charlie Hebdo“ in Paris.

Foto: Sopha

Die tödlichen Schüsse auf die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ in [Paris](#) bewegt auch den Norden: Die Türkische Gemeinde in [Schleswig-Holstein](#) verurteilte den Terroranschlag von [Paris](#) scharf. „Ein derartiges Verbrechen kann durch keine Weltanschauung oder Religion gerechtfertigt werden und ist unvereinbar mit allen Werten, die eine freiheitliche und demokratische Gesellschaft ausmachen“, erklärte der Landesverband vor dem Hintergrund den Terroranschlags in Paris. Bei dem Attentat auf die Redaktion des religionskritischen Satiremagazins „Charlie Hebdo“ waren am Mittwoch zwölf Menschen getötet worden.

„Während Europa und die Welt nun nach Paris schauen, dürfen wir es jedoch nicht zulassen, dass andere radikale Gruppen diese schreckliche Tat instrumentalisieren, um damit ihre Hetze gegen friedliche BürgerInnen mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Identitäten in [Deutschland](#) zu begründen“, heißt es weiter. „Das Gebot der Stunde ist Mitgefühl und Nächstenliebe, nicht Hass und Spaltung“, sagte der Landesvorsitzende der Türkischen Gemeinde, Cebel Küçükkaraca.

Den Behörden in Schleswig-Holstein liegen derzeit keine Hinweise auf gesteigerte Sicherheitsgefahren im Land vor. Das Land folge der Einschätzung des Bundeskriminalamtes, wonach in Deutschland eine hohe abstrakte Gefährdung bestehe, sagte Innenstaatssekretärin Manuela Söller-Winkler am Donnerstag.

Das Innenministerium in Kiel ordnete bis Samstag für die Dienstgebäude der Behörden des Landes Trauerbeflaggung an. Hinweise auf Täter- oder Fluchtbezüge nach Schleswig-Holstein gebe es im Zusammenhang mit dem Anschlag von Paris nicht, gab die Innenstaatssekretärin an.

Dem sogenannten dschihadistischen Spektrum ordnen die Behörden in Schleswig-Holstein etwa 50 bis 60 gewaltbereite Islamisten zu. 24 Menschen seien nach [Syrien](#) gereist, um sich dort am

Bürgerkrieg zu beteiligen. Sechs davon seien vermutlich in Syrien gestorben und zehn wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Etwa 24 weitere Menschen planen laut Innenministerium die Ausreise nach Syrien.

Die „Hamburger Morgenpost“, die einen Tag nach dem Terroranschlag in Paris Karikaturen des Satiremagazins auf ihrer Titelseite veröffentlichte, stellte ihr Verlagsgebäude am Donnerstag unter besonderen Schutz. Man habe „erst einmal nur für heute“ privates Sicherheitspersonal engagiert, sagte die Leiterin für Personal und Recht, Susann Deutsch.



Foto: dpa

Aus Solidarität mit „Charlie Hebdo“ druckte die Zeitung alte Titelseiten des religionskritischen Magazins ab - mit dem Zusatz „So viel Freiheit muss sein!“

Mit einer Schweigeminute gedachte das Auswärtige Amt mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) an der Spitze der Terroropfer von Paris. Zum Gedenken an die Toten des Anschlags auf „Charlie Hebdo“ in Paris ruhte am Donnerstag um 12 Uhr in der AA-Zentrale in Berlin die Arbeit. Steinmeier fuhr anschließend in die französische Botschaft am Brandenburger Tor, um sich in ein Kondolenzbuch einzutragen.

Auch politische Folgen in Deutschland könnte der Anschlag in Paris haben: Die Grünen fordern von der Bundesregierung und den Sicherheitsbehörden detaillierte Auskunft über die Sicherheitslage in Deutschland. „Wir brauchen endlich konkrete Hintergründe zur aktuellen Terrorgefahr in Deutschland“, sagte die Grünen-Innenpolitikerin Irene Mihalic. Die Abgeordnete beantragte, das Thema in der nächsten Sitzung des Bundestags-Innenausschusses am kommenden Mittwoch auf die Tagesordnung zu setzen. „Hierzu erwarten wir vom Innenminister und den Behörden eine klare Einschätzung, in die auch die Erkenntnisse aus den Bundesländern und dem internationalen Austausch einbezogen werden“, sagte Mihalic. „Bisher sind uns die Informationen der Bundesebene viel zu unspezifisch.“ Ihre Fraktion wolle genau wissen, auf welcher Grundlage Anschlagplanungen ausgeschlossen würden.

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) rief zu einer besonnenen Reaktion auf. „Freiheit und Rechtsstaatlichkeit werden wir uns von Terroristen nicht nehmen lassen“, sagte Maas. „Terroristischer Bedrohung werden wir entschieden, aber mit Besonnenheit und Augenmaß begegnen.“ Scharf attackierte der Minister die Reaktionen einzelner Gruppen auf die Attacke. „Die Art und Weise wie Pegida, AfD und NPD versuchen, diesen Anschlag für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, ist widerlich“, rügte er.

Muslime dürften nicht unter einen Generalverdacht gestellt werden. Es gebe keinerlei Grund für Islamophobie. Der Vize-Bundvorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD), Alexander Gauland, etwa hatte den Anschlag in Paris als Rechtfertigung für die Anti-Islam-Bewegung Pegida bewertet und vor einer großen Gefahr durch den Islamismus gewarnt. Maas hielt deutlich dagegen. „Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Gesellschaft gespalten wird - und werden deutlich machen: Terror hat mit dem Islam nichts zu tun“, mahnte er. „Einen Kampf der Kulturen dürfen wir nicht zulassen.“

Bei dem deutschen Satiremagazin „Titanic“ ist nach den Terroranschlägen in Paris Humor wichtiger denn je. „Je ernster die Lage, desto wichtiger der Humor“, erklärte Chefredakteur Tim Wolff am Donnerstag auf der Internetseite des Magazins. Fanatiker, allen voran religiöse, verachteten Komik. „Sie vertreten eine todernste, einzige ewige Wahrheit, und der Witz - egal wie klug oder lustig er im Einzelfalle sein mag - bedroht diese Wahrheit“, schrieb Wolf. Der Text wurde zuerst als Gastbeitrag auf www.n-tv.de veröffentlicht.

Der „Titanic“-Chef wandte sich in seinem Beitrag nicht speziell gegen den Islamismus, sondern gegen religiösen und weltanschaulichen Fanatismus im Allgemeinen. Nach seiner Einschätzung werden „Vertreter des heiligen Ernstes der Komik stets mit Zorn begegnen“. Das sei ihr gutes Recht - „solange sie dies mit denselben Waffen wie Satiriker tun: mit Wort und Bild. Und nicht mit Maschinenpistolen“.

Die „Titanic“-Redaktion hatte bereits am Mittwoch unmittelbar nach dem Anschlag auf das französische Satiremagazin „Charlie Hebdo“ angekündigt, sich nicht in ihrer Arbeit einschränken lassen zu wollen. Der Islam war auch für die „Titanic“-Redaktion in Frankfurt immer wieder ein Thema gewesen.

von dpa/shz.de
erstellt am 08.Jan.2015 | 14:37 Uhr

<http://www.shz.de/schleswig-holstein/panorama/tuerkische-gemeinde-in-sh-mitgefuehl-statt-hass-id8630491.html>

TGS-H